

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz
Ausgabe vom 7. November 2021



VLW fordert Rückkehr zur zweimaligen Corona-Testpflicht pro Woche Auftaktveranstaltung zu „Schule der Zukunft“ in Mainz Tarifeinigung in Hessen

Angesichts der stark ansteigenden Infektionszahlen fordert der VLW weiterhin die Durchführung von zwei verpflichtenden CoViD-Tests pro Woche an unseren Schulen. Daran sollten sich aus Sicht des VLW, zumindest auf freiwilliger Basis, auch bereits Geimpfte und Genesene beteiligen dürfen. Insbesondere bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern, die noch nicht geimpft sind, häufen sich derzeit die gemeldeten Infektionsfälle auch an rheinland-pfälzischen Schulen. Teilweise werden bereits komplette Klassen in Quarantäne geschickt. **Dies ist für den VLW ein eindeutiger Beleg dafür, dass nun jede mögliche Präventionsmaßnahme getroffen werden muss, um unsere Schulen sicher und offen zu halten.**

Um die Erfahrungen aus der Pandemie als Impuls für die Schul- und Unterrichtsentwicklung zu nutzen, hat Ministerin Hubig bereits in den Sommerferien zum digitalen Dialog mit dem Titel „Lernen nach der Pandemie“ eingeladen. Die Ergebnisse daraus sollen als Grundlage für die Arbeit an der „Schule der Zukunft“ genutzt werden. Für den 12. November haben Ministerpräsidentin Dreyer und Bildungsministerin Hubig nun die Pressevertreter zur Auftaktveranstaltung eingeladen. Als Beispiel für eine solche Schule wird die Alemannenschule in Wutöschingen genannt, die zum Themenbereich „Selbstorganisiertes Lernen“ den Deutschen Schulpreis 2021 gewonnen hat. **Der VLW begrüßt die Reformbestrebungen und fordert, dass unsere Lehrkräfte frühzeitig und auf Augenhöhe in den Dialog einbezogen werden.**

Im Bundesland Hessen haben sich am 15. Oktober die Tarifpartner im öffentlichen Landesdienst auf einen neuen Tarifvertrag mit 28-monatiger Laufzeit geeinigt. So soll es ab dem 1. August 2022 2,2 % mehr Gehalt geben. Im Jahr darauf folgt eine weitere Erhöhung von 1,8 %. Zudem wird es in diesem und im nächsten Jahr jeweils eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung von 500 € geben. Die Übernahme des Abschlusses für die Beamten wurde zugesagt. Hessen führt als einziges Bundesland die Tarifverhandlungen für sich allein. Alle anderen sind der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) angeschlossen. **Die bereits am 8. Oktober begonnenen Verhandlungen mit der TdL sind bislang jedoch ergebnislos verlaufen, unter anderem deshalb, weil die Arbeitgeberseite erst dann ein Angebot vorlegen will, wenn die Gewerkschaften zur „Neubewertung“ des sogenannten Arbeitsvorgangs bereit sind.** Der dbb befürchtet jedoch, dass durch die beabsichtigte Einführung neuer Entgelttabellen der öffentliche Dienst insgesamt abgewertet werden soll und verwehrt sich dagegen. In Hessen war der Arbeitsvorgang nicht Gegenstand der Verhandlungen.

Sie sind anderer Meinung oder möchten noch etwas ergänzen? Dann schreiben Sie uns. Wir freuen uns auf Ihr Feedback unter info@vlw-rlp.de